

Plön 2035

sozial * wirtschaftsstark * klimaverträglich

Ausgabe 1/2020



**Neustart nach „Corona“:
Wie kann er in Plön gelingen ?**

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN

Statt eines Vorworts:

Wenn der Markt es nicht mehr bringt. Gemeinwirtschaft wagen.

*Welche Schlüsse ziehen wir aus den Erfahrungen der Corona-Krise in Verknüpfung ökologischer und sozialer Herausforderungen? In ihrer Antwort appellieren **Olaf Brandt**, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND und **Ulrich Schneider**, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, für mehr Mut zu gemeinschaftlichen Lösungen für Gesellschaft, Ökologie und Ökonomie.*

Die Corona-Krise prägt einen neuen Blick auf unsere Gesellschaft. Beispielsweise auf systemrelevante Berufe, in denen Menschen vielfach unter mangelnden Umständen zentrale Aufgaben für das Gemeinwohl leisten. Sie wirft auch ein grelles Licht auf gesellschaftliche Ungleichheiten. Für Pandemien gilt ebenso wie für Naturkatastrophen, dass sie diejenigen am stärksten treffen, die ohnehin gesellschaftlich schlechter gestellt sind. Die aktuelle Krise gibt uns damit einen Vorgeschmack auf die Herausforderungen, die die Klimakrise als Dauerkrise an uns stellen wird, wenn wir ihr nicht ebenso durchgreifend begegnen.

Und so wird die Verbindung zwischen Ökologie und Sozialem noch sichtbarer. Hitzesommer und Artenschwund, Kinderarmut und Pflegenotstand, erodierende Böden und prekäre Arbeitsbedingungen - unser Wirtschaftssystem hat die globalen ökologischen Grenzen überschritten und führt zugleich zu immer massiveren sozialen Verwerfungen. Wir werden die ökologischen und sozialen Krisen nur lösen können, wenn wir ihrer gemeinsamen Wurzel auf den Grund

gehen. Hier können wir aus den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie lernen.

Denn die Krise deckt nicht nur Versäumnisse auf, sie zeigt uns auch die Orte, an denen Solidarität praktiziert wird und kreative Lösungen für soziale Probleme entstehen. Orte, wo oft der individuelle und gesellschaftliche Bedarf im Vordergrund steht, nicht die Maximierung von Profiten. Wir finden sie dort, wo Menschen zusammenkommen und zu Handelnden in eigener Sache werden. Um unsere Gesellschaft krisensicherer zu gestalten, müssen wir diese Orte stärken. Dafür müssen wir unsere Art zu wirtschaften sozial, ökologisch und demokratisch gestalten. Aus diesem Grund spricht vieles für den Umbau hin zu einer Gemeinwirtschaft, die nicht der Gewinnorientierung, sondern dem guten Leben für alle Menschen den Vorrang gibt. Zur sozial-ökologischen Gemeinwirtschaft gehören für uns neben der gesundheitlichen Versorgung unter anderem soziale Dienstleistungen, Bildung, Wohnungswesen und Energieversorgung. Exemplarisch wollen wir unsere Idee für ein Wirtschaften nach Corona skizzieren.

Mit der Vision von Erneuerbarer Energie und dem Leitbild der Energiedemokratie schlossen sich in den Anfängen der Energiewende Bürger zusammen, gründeten Energiegenossenschaften, brachten Bürgerwindenergie und Mieterstromkonzepte durch Photovoltaik voran. Sie machten die Welt ökologischer, schufen Wertschöpfung und Arbeitsplätze für ihre Region, versorgten sich und ihre Nachbarschaft mit grünem Strom: sozial, ökologisch und demokratisch. Im Rahmen einer Gemeinwirtschaft müssen wir zurück zu einer intelligent vernetzten dezentralen Energiewende in der Hand von Bürgern. Dezentral bedeutet, dass der Strom möglichst nah an dem Ort produziert wird, an dem er benötigt wird. In Bürgerhand bedeutet, dass die Menschen finanziell davon profitieren sollen, wenn erneuerbarer Strom erzeugt wird. Heute ist das Gegenteil der Fall. In Deutschland wurde die Teilhabe an der Energiewende immer stärker eingeschränkt, nicht zuletzt mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes von einem sicheren Vergütungssystem auf Ausschreibungen. Eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand ist dadurch gestoppt worden. Das Bürgerengagement kann das Risiko des unsicheren Zuschlags finanziell nicht tragen, stattdessen bauen große Konzerne Windräder, wodurch die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt.

Soziale Dienstleistungen, Gesundheit und Pflege haben ihre Ursprünge im Non-Profit-Sektor. Erst in den vergange-

nen drei Jahrzehnten wurde ein Schwenk zum freien gewerblichen Markt vollzogen mit dem Versprechen, Wettbewerb und Gewinnorientierung würden zugleich das Leistungsniveau erhöhen und die Kosten senken. Ein Versprechen das sich nicht erfüllt. Denn die einseitig ökonomische Betrachtung lässt sowohl Bedürfnisse von Pflegebedürftigen oder Patienten als auch die des Personals letztlich zweitrangig werden. Unterdessen haben profitorientierte Unternehmen immer größere Anteile der sozialen Infrastruktur übernommen und machen ihre Gewinne, denen erhebliche soziale Kosten gegenüberstehen. Schließlich wird mit der privaten Gewinnentnahme dem Sozialwesen Geld entzogen, das für die Pflege oder Gesundheit dringend benötigt würde.

Mit der Corona-Krise wird nun wie unter dem Brennglas sichtbar, dass wir eine Gesundheitsversorgung und Pflege benötigen, in denen Profitinteressen klar Einhalt geboten wird. Es bedarf eines Systems, das an Bedarfen orientiert ist und das von den Betroffenen und Beschäftigten mitgestaltet werden kann.

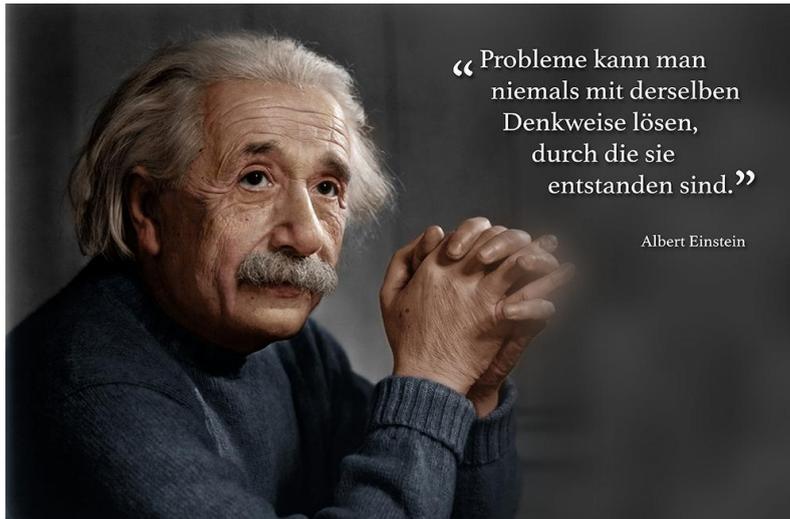
In der Gesundheit und Pflege, bei sozialen Dienstleistungen, aber auch im Wohnungswesen, im Verkehr oder in der Energieversorgung, brauchen wir den Aufbruch in eine Gemeinwirtschaft, die sich an tatsächlichen menschlichen Bedarfen und Bedürfnissen orientiert. Eine Gemeinwirtschaft, die den Gestaltungswillen von Bürgern entfacht und ihnen echte Mitentscheidung ermöglicht.

Der Beitrag erschien zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7.5.2020.

危机 Plöns Neustart – ein erhoffter rot-grüner Deal

Die beiden chinesischen Schriftzeichen stehen für „wei“ (Gefahr) und „chi“ (günstige Gelegenheit): Aus wei wird chi: Nur

in besonders tiefen Krisen können qualitative Sprünge in der Gesellschaftsentwicklung entstehen.



„Corona“ ist nicht irgendeine Pandemie. Covid-19 ist schon jetzt zum Scharfrichter geworden, der die Gebrechen einer viel zu wenig regulierten Marktwirtschaft offenlegt. Bergamo, Madrid und New York wurden zu Metaphern für eine rigorose „Spar“-Politik, deren tödlicher Ausgang vorhersehbar war. Die Menschen starben, weil die hemmungslose Profitgier „der Märkte“ tiefe Einschnitte in die Gesundheitssysteme riss. Dem medizinischen Personal standen weder hinreichende Schutzausrüstung noch Intensivbetten zur Verfügung. All dies war längst durch die neoliberalen Spardiktate entrümpelt worden. Auch in deutschen Kliniken, Senioren- und Pflegeheimen mangelt(e) es an Schutzausrüstungen. Die katastrophalen Unterkünfte vieler osteuropäischer Saisonarbeiter*innen verschärften die Krise nicht nur in diversen Schlachthöfen. Im Fokus stehen alle Gesellschaftssektoren.

Wir werden uns viele Monate oder gar Jahre auf ein Leben mit dem Virus einstellen müssen. Bis der Impfstoff verfügbar ist, wird das von Schwedens Chefvirologen Tegnell als „Stotterbremse“ gescholtene Auf und Ab von Lockerungen und Shutdowns die Gesellschaften weltweit und nachhaltig verändern. Es fragt sich, ob daraus eine nationalistisch-neoliberale Besoffenheit oder ein kosmopolitischer Kommunitarismus erwächst.

Im Oktober 2018 erschien der neuste Bericht des Weltklimarats (IPCC): Das deutsche CO₂-Kontingent wird 2026 aufgebraucht sein. Es droht eine globale Klimakatastrophe, welche die Corona-Pandemie zum Fliegenschiss degradiert. Wenn wir sofort mit dem Umsteuern beginnen, dann – und nur dann - können wir den kritischen Zeitpunkt hinauszögern. Spätestens 2035 muss die Energieversorgung zu 100 % erneuerbar sein. Daher der Name unsrer Zeitschrift.

Ein plausibler Ausweg aus der Krise ist der Green New Deal (GND). Der linke Flügel der US-Demokraten erarbeitete schon vor Corona diverse GND-Konzepte. Eine britische Variante wurde ins Labour-Parteiprogramm übernommen. DiEM25 vertritt einen „European GND“. Auch die zerstrittene Linksfraktion im Deutschen Bundestag raufte sich zusammen: „Ein Green New Deal ist notwendig, um die Wirtschaft schnell umzubauen“ („Aktionsplan Klimagerechtigkeit“, S. 10). Die EU-Kommission propagiert einen eigenen Green Deal, der durchaus ausbaufähig ist.

(Green) New Deal als radikaler Ausweg aus tiefer Wirtschaftskrise

All diese GND-Konzepte müssen gesellschaftlich durchgesetzt werden. Dazu braucht es Massenbewegungen. Seit dem Dürresommer 2018 sind sie im Ansatz erkennbar, u.a. Fridays for Future. Alle GND-Konzepte beziehen sich auf historische Muster, die keineswegs zufällig aus den beiden Weltwirtschaftskrisen hervorgingen. An erster Stelle sind die Programme des New Deal zu nennen. Ohne eine Massenbewegung, die radikale Sozialprogramme als Antwort auf die Große Depression 1929-1933 forderte, wäre Roosevelts Deal nicht durchsetzbar gewesen. **Der New Deal war ein Kompromiss („Deal“) zwischen Fraktionen des Kapitals und der Arbeiter*innenklasse.** Er brach radikal mit der Laissez-faire-Politik von Roosevelts Vorgängern. Dabei entstanden staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, Hilfen für Farmer*innen zur Preisstabilisierung der landwirtschaftlichen Produkte und eine tiefgreifende Finanzreform („Keynesianismus“). Die Elektrifizierung der USA wurde vorangetrieben und eine autogerechte Infrastruktur großflächig aufgebaut.

Eine ähnliche Dynamik war 1948 am Werk, als sich die USA für den Marshallplan entschieden. In allen westlichen Industrieländern ging man nach einem Modell vor, das die heimische Industrie, starke Gewerkschaften und einen stabilen Wohlfahrtsstaat förderte. Wie beim New Deal stand dahinter die Idee, im Kalten Krieg mit der Sowjetunion eine Marktwirtschaft mit sozialistischen Elementen aufzubauen.

Der Raubtierkapitalismus lebte in den 1970er Jahren wieder auf. Er bewirkte immer tiefere Wirtschafts- und Finanzkrisen. 2007 bahnte sich in den USA eine *subprime crisis* an: Nachdem der Ölpreis die kritische Marke von 90 USD/Barrel überschritt und die allgemeinen Lebenshaltungskosten in die Höhe trieb, konnten Millionen Eigenheimbesitzer*innen ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen. Hier muss man wissen, dass fast alle Treibstoffe, die meisten Heizsysteme und 95 % aller Chemieprodukte Erdölprodukte sind. **In dieser Situation präsentierte der Kolumnist Thomas L. Friedman in der New York Times seine neoliberalen GND-Vorstellungen:** Massive Investitionen in grüne Technologien sollten die fossilen Energieträger in den Boden verbannen, den Klimawandel eindämmen, Millionen Arbeitsplätze schaffen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum generieren. 2008 /2009 übernahmen britische Gleichgesinnte als „Green New Deal Group“, danach

das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und alle grünen Parteien Europas mit geringen Modifikationen Fried-

mans grünen Green New Deal. Er wurde im Unterschied zu Roosevelts Deal nicht von einer Massenbewegung getragen.

Der „grüne“ Green New Deal ist nur ein Teil der Lösung

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, präsentierte folgende Eckpunkte eines „grünen“ GND: Soziale Interessen von Bevölkerungsmehrheiten, ökologische Erfordernisse und Wirtschaftsinteressen seien „auszubalancieren“. Massive Investitionen in erneuerbare Energien und weitere umweltfreundliche Technologien, der Ausbau des ÖPNV und ökologische Gebäudesanierungen sollten mit einem verbesserten Bildungswesen verbunden und der globale Kapitalismus in ein globales Regelwerk eingebettet werden.

Die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse werden dabei nicht in Frage gestellt. „Es gibt in diesen Texten keine gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen. Werte, Zustände, ökologische Fußabdrücke und Probleme werden im Allgemeinen nicht aus diesen Verhältnissen zwischen den Menschen abgeleitet. Insbesondere bleiben die

Verhältnisse zwischen den Menschen zu den Dingen, die den Reichtum (und die Armut) der Gesellschaften ausmachen, außen vor. Die bei der Produktion, Aneignung, Verteilung, Zirkulation und Konsumtion von konkreten Gebrauchswerten zwischen den Menschen herrschenden Verhältnisse werden ausgeblendet. Es sind aber gerade diese Produktionsverhältnisse mit den Eigentums- bzw. Verfügungsverhältnissen als Kern und die auf ihnen beruhenden anderen gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Entwicklung von Naturzerstörung, menschlicher Unterdrückung und Diskriminierung, von militärischer Macht und Kriegen begründen. Und folgerichtig werden dann Produktions- und andere gesellschaftliche Verhältnisse von Konzepten politischer Umgestaltung ausgeklammert“ (Frieder Otto Wolf, Judith Dellheim: Rosa-Luxemburg-Stiftung: Standpunkte 11/2009).

Konturen eines „rot-grünen“ Green New Deal

Teile der US-amerikanischen Linken setzten sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 2.0 mit dem „grünen“ GND auseinander. Dabei gerieten die ökologischen Folgen des New Deal der 1930er bis 1970er Jahre ins Blickfeld: Der auf das Automobil zugeschnittene Wirtschaftsboom führte zur Zersiedelung des Umfelds der Städte und zu einem überaus verschwenderischen Konsumverhalten, das immer stärker mit Umweltinte-

ressen konfligiert. In den USA wird Lebensqualität stärker als anderswo mit materiellem Wohlstand und finanziellem Zugewinn gleichgesetzt. Die Grünen setzen auf technologische Entwicklungen und attackieren das Konsumverhalten der Bessergestellten nicht hinreichend. Das kritisiert die US-amerikanische Linke: Den Traum aller New Dealer vom privaten Luxus für alle Bürger*innen kann der Planet Erde nicht

erfüllen. In manchen Bereichen sollen die materiell Bessergestellten aus Einsicht in die Notwendigkeit verzichten: auf Flugreisen, Fleischkonsum und hemmungslosen Energieverbrauch. Ein erfülltes „gutes Leben“ (buen vivir) sei auf Luxus und weitere Äußerlichkeiten nicht angewiesen.

Eine große Herausforderung sind die Rebound-Effekte: Technologische Effizienzgewinne, z.B. sparsamere Benzinmotoren, verleiten zur verstärkten Nutzung der Automobile. Wo der Spritpreis die

Menschen zwang, den Fünf-Minuten-Weg zum Bäcker zu gehen, holt man jetzt bei konstanten Benzinkosten die Frühstücksbrötchen mit dem Auto. Dem Klimaschutz ist damit nicht geholfen. **Es bedarf vielmehr der aktiven Teilhabe eines möglichst großen Teils der GESAMTEN Bevölkerung, vor allem der Schwächsten.** Denn sie werden sich jeder energetischen Gebäudesanierung in den Weg stellen, wenn sie mit einer Mietsteigerung verbunden wird, die sie zum Umzug und zur Aufgabe ihrer gewohnten Umgebung zwingt.



Als nach dem verheerenden Dürresommer 2018 die junge Generation weltweit für den Erhalt ihrer Lebensperspektive demonstrierte, verfügten der linke Flügel der US-Demokraten um Alexandria Ocasio-Cortez, Bernie Sanders sowie der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn über ausgearbeitete GND-Konzeptionen. Sie strahlen heute auf die EU aus und werden in den nächsten Jahren, gestützt auf wachsende Bevölkerungskreise, weiteren politischen Einfluss gewinnen. Ob sie sich durchsetzen, hängt davon ab, wie sich die derzeit entstehenden Bürger*innenbewegungen, (Fridays for Future und Sunrise) entwickeln werden.

Bernie Sanders möchte die unvorstellbare Summe von 16,3 Billionen USD für öffentliche Investitionen mobilisieren und

20 Millionen neue Jobs schaffen. Dabei steht ihm wie schon 2016 die renommierte MMT-Expertin Prof. Stephanie Kelton zur Seite. 100 % Erneuerbare sollen bis 2030, die komplette Dekarbonisierung der US-Wirtschaft bis 2050 realisiert sein. Überführung des gesamten Energiesystems ins öffentliche Eigentum. Bereitstellung von Krediten in Höhe von mehreren Billionen USD für die energetische Modernisierung von Wohngebäuden ohne Mieterhöhung. Umbau des Verkehrswesens. Die charismatische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez verbindet ihren GND mit einer Verstaatlichung des US-Gesundheitswesens und der längst überfälligen Krankenversicherungspflicht für alle US-Bürger*innen.

Modern Money Theory

Der rot-grüne New Deal ist finanzierbar. Trotz Corona.

Die Corona-Krise ist ein Marathonlauf, kein Sprint. Der Wirtschaftseinbruch bewirkte in den ersten beiden Monaten laut Steuerschätzung vom 14. Mai für Bund, Länder und Gemeinden Verluste an Steuereinnahmen in Höhe von 98,6

Milliarden Euro. Dabei wird es nicht bleiben. Schon mehrten sich Stimmen aus der Fossilindustrie, die eine Verschiebung des „Green Deal“ der EU-Kommission um mindestens 10 Jahre fordern. Wo bleibt da der Klimaschutz?



Vor einer vergleichbaren Herausforderung stand US-Präsident Roosevelt. Inmitten der tiefen Weltwirtschaftskrise musste er den empörten Unternehmern in seiner Partei erklären, dass ein New Deal, der Löhne kräftig erhöht und die Gewerkschaftsmacht stärkt, in aller Interesse sei. Der New Deal habe das Vertrauen der Märkte nicht, behaupteten Roosevelts Gegner. Die allgemeine Investitionsbereitschaft tendiere in der Krise ohnehin gegen Null. Da sprang ihm der Finanzwissenschaftler John M. Keynes mit bahnbrechenden Vorschlägen bei. Hier sei auf die antizyklische Konjunktursteuerung verwiesen: Entgegen jeder neoklassischen Annahme schöpfe der Staat Geld „aus dem Nichts“, um inmitten der Wirtschaftsdepression die Nachfrage anzukurbeln. Das Resultat: Eine Million Straßenkilometer, Tausende

Brücken und Tunnel, 50 Staudämme, 10.000 öffentliche Gebäude. Trotz Zweitem Weltkrieg ging es den US-Durchschnittsbürger*innen materiell so gut wie nie zuvor. Der Siegeszug des New Deal in der gesamten westlichen Hemisphäre nach 1945 ist bekannt. In der Gestalt des Neoliberalismus konnten die neoklassischen Wirtschaftstheorien erst in den 1980er Jahren Fuß fassen. Sie haben schwere Krisen verursacht und sich blamiert. Steht uns „nach Corona“ auf neuer Stufe mit der post-keynesianischen Modern Money Theory (MMT) ein Déjà-vu bevor?

Der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung R. Fücks erklärte z.B. jedes staatliche Schuldenmachen durch Geldschöpfen für Teufelszeug: es würde die nachfolgenden Generationen belasten und ihnen alle Entwicklungschancen rauben.

Die Modern Money Theory sieht dies anders: Indem das Geldschöpfen den Klimaschutz sichert, wird die Perspektive der nachfolgenden Generationen gewahrt. So stemmt das reiche Japan seit Jahren eine „Schuldenlast“ von 250 Prozent des eigenen BIP, ohne von den Märkten „abgestraft“ zu werden. Wie kann das sein?

Es ist ganz simpel: Die Zentralbank produziert das benötigte Geld „aus dem Nichts“. Es genügt, dass die Zentralbank den beteiligten Geschäftsbanken per Computertastatur Geldbeträge gutschreibt. Geld ist kein materieller Gegenstand wie z.B. ein Goldbarren, sondern ein Regelsystem, das der Staat eingeführt hat und kontrolliert. Hierzu ein Beispiel: Der Staat schöpft neues Geld, indem er seine Zentralbank anweist, seine Rechnung für den Bau einer Autobahn zu bezahlen. So gelangt das Geld auf das Girokonto der Strabag. Diese zahlt Löhne aus und begleicht weitere Rechnungen. Dadurch gelangt das Geld in Umlauf. Alle Beteiligten zahlen Steuern, dadurch holt sich der Staat das Geld nach und nach wieder zurück.

In einer Krise wird der Staat Geld schöpfen, bis die Produktionskapazitäten aller Unternehmen ausgelastet sind, und er wird Anreize zum weiteren Ausbau der Kapazitäten schaffen. Die von den MMT-Gegnern viel beschworene Inflation kann nur entstehen, wenn das emittierte Geld die Kapazitätsgrenzen der Gesellschaft überschreitet. Neben einer Bedarfsanalyse (z.B. an welche Ministerien sollen

die Finanzen wie verteilt werden?) muss eine Ressourcenanalyse die Kapazitätsgrenzen im Detail ermitteln.

Im Euroraum haben die Staaten die Souveränität über ihre Währung abgegeben. Im Unterschied zu Japan erlauben die Maastricht-Regeln Mitgliedsländern wie Griechenland oder Italien nur ein Maximum an Schulden, das deutlich unter dem BIP liegt. Bei Überschreiten darf die EZB ihnen kein Geld mehr geben. Weil sie ihre Souveränität geopfert haben, können sie tatsächlich pleitegehen. Die EZB hält sie nur dann über Wasser, wenn sie bereit sind, künftig „die Regeln“ unter Verlust an Volksvermögen einzuhalten (siehe Griechenland).

Weil sich die reichen Nordländer Deutschland, Österreich und die Niederlande durch einen ausgeprägten Niedriglohnsektor Wettbewerbsvorteile im Handel mit den ärmeren Staaten sichern, kommt dies „Raubzügen“ bei den südlichen Nachbarn gleich. Diese können sich nicht mehr durch Abwerten ihrer nationalen Währungen wehren. Das stärkt die nationalistischen Kräfte in Italien und in vielen weiteren Regionen - der Zusammenhalt der Euroländer wird immer fragiler. Daher sollten sich alle Mitgliedsstaaten vor dem Neustart verpflichten, die eigenen Ressourcen voll zu nutzen, unter anderem per Green New Deal. Auf diese Weise könnten alle Euro-Staaten Elemente ihrer einstigen Währungssouveränität zurückgewinnen und dem Gemeinschaftsbildungsprozess der EU einen neuen Impuls geben.

Solarer Quartierstrom – ein Lottogewinn für Plön !

**Die Sonne schickt keine Rechnung.
Statt Öl vom Scheich Strom vom Deich!**

Die Zeichen stehen schlecht für die Vorgaben des Weltklimarats: Bis 2035 muss die gesamte Energieerzeugung erneuerbar sein: Strom, Wärme und Mobilität. Doch der Ausbau der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) kam durch „technische Probleme“ und Bürgerproteste faktisch zum Erliegen. **Die kommunale Ebene ist davon nicht betroffen. Städte wie**

z.B. Plön können den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen und davon erheblich profitieren.

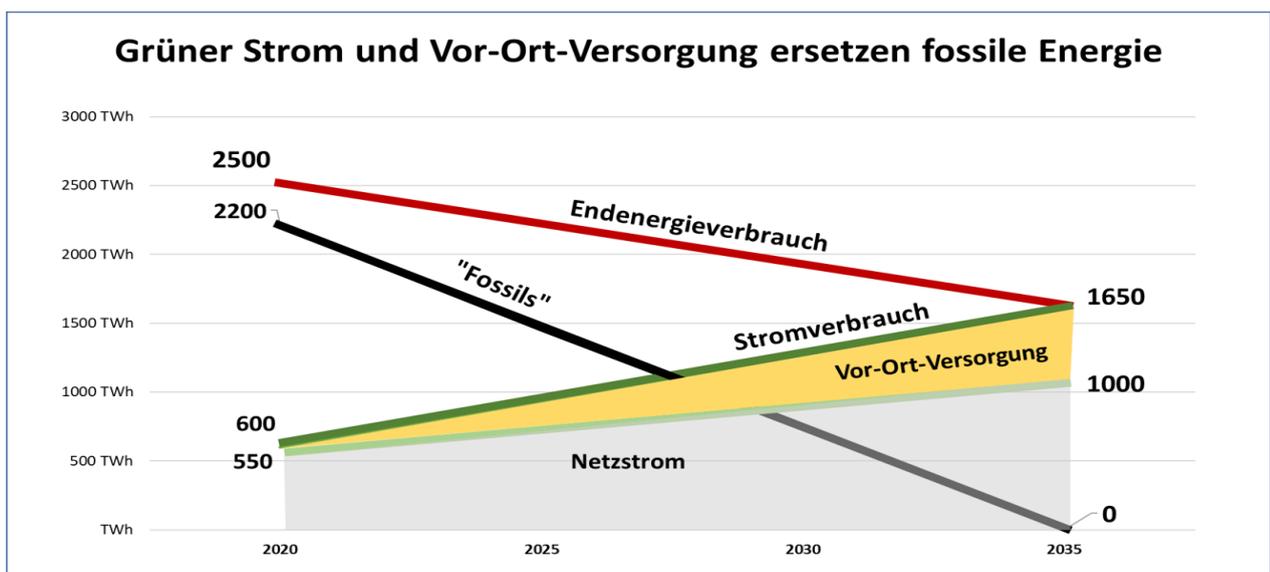
Ende 2019 betrug Deutschlands Primärenergieverbrauch 3.560 Terawattstunden (3.560 Mrd. kWh). Der Endenergieverbrauch (Primärenergie abzüglich Leitungs- und Effizienzverluste) betrug 2019 laut Umweltbundesamt 2.454 TWh:

	Gesamt 2019	Davon erneuerbar	In Prozent
Strom	580 TWh	244,3 TWh	42,1 %
Wärme	1.217 TWh	176,4 TWh	14,5 %
Mobilität	657 TWh	36,9 TWh	5,6 %
Saldo	2.454 TWh	457,6 TWh	18,6 %

Laut einer Bedarfsanalyse der Reiner Lemoine-Stiftung wird die Wärme- und Mobilitätswende den Strombezug fast verdreifachen:

Erneuerbarer Strom wird zur Leitenergie

Der Erfolg von Photovoltaik und Windkraft wird zum Treiber der Dekarbonisierung in allen Energiesektoren: Strom, Mobilität, Wärme. Damit führt die Sektorenkopplung zu einer Verdreifachung des Strombedarfs.



Quelle: RLS-Diskussionspapier 2020: New Deal für das Erneuerbare Energiesystem

2018 lag der Endenergieverbrauch bei 2.500 TWh – bis 2035 wird er u.a. durch effizientere Nutzung der Aggregate (Benzin- im Vergleich zu E-Motoren!) auf

1.650 TWh sinken. Der Stromverbrauch steigt von 600 TWh (2018) auf 1.650 TWh/a. Der Anteil von Kohle, Erdöl und Erdgas sinkt von 2.200 TWh/a auf null.

Stagnierender Netzausbau: Verkehrs- und Wärmewende nur mit Erdgas?

Die Bundesregierung legte sich in ihrem Koalitionsvertrag auf einen Anteil der Erneuerbaren von 65 Prozent im Jahr 2030 fest. Allerdings bezieht sich dieses Ziel auf den derzeitigen Stromsektor. Der Anteil der Erneuerbaren soll von 244,2 TWh (2019) auf 390 TWh steigen. Dem Weltklimarat zufolge muss auch die Elektrifizierung von Wärme und Verkehr erneuerbar sein - 2035 und zu 100 % !

Dazu der Thinktank „Agora Energiewende“ im Juli 2018: „Skepsis herrscht nicht in erster Linie wegen des geplanten schnellen Aufwuchses von Wind- und Sonnenenergie in Deutschland. Zweifel gibt es vor allem bezüglich der Frage, ob das bestehende Stromnetz, dessen Anpassung an das neue Energiesystem langsamer vorankommt als geplant, in der Lage sein wird, die Beschleunigung des Erneuerbaren-Ausbaus mitzugehen. Die Skepsis wird dadurch verstärkt, dass die Große Koalition selbst in ihrem Koalitionsvertrag ‚die Aufnahmefähigkeit der

entsprechenden Netze‘ zur Voraussetzung des beschleunigten Zubaus Erneuerbarer Energien macht und einen ‚weiter zielstrebigem, effizientem, netzsynchronen und zunehmend marktorientierten Ausbau‘ der Erneuerbaren Energien fordert.“

Die Linksfraktion im Dt. Bundestag sieht drei Netzausbau-Szenarien: A: Kein Ausbau der Erneuerbaren. „Szenario B ist das für am wahrscheinlichsten gehaltene Leitszenario und wird sogar über 20 Jahre in die Zukunft geführt. Es geht davon aus, dass im Bereich der konventionellen Energien vermehrt Erdgaskraftwerke gebaut werden und der Bestand an Erneuerbare-Energien-Anlagen weiter ausgebaut wird. Szenario C geht davon aus, dass auf konventioneller Seite vermehrt Erdgaskraftwerke errichtet werden, während der Zubau der Erneuerbaren Energien regionalisiert entsprechend der Ziele der Bundesländer erfolgt.“

Das konventionelle Energiesystem muss den Erneuerbaren weichen

Eine Detailanalyse ergibt, dass der Ausbau der Erneuerbaren u.a. wegen der Volatilität von Solar- und Windstrom stagniert. Das konventionelle Stromsystem ist auf kontinuierlichen Energietransport angelegt. Zu Versorgungspässen darf es nie kommen! Aber die Sonne scheint nicht immer. Auch der Wind weht unregelmäßig. Je stärker der Anteil der Erneuerbaren am konventio-

nellen Stromsystem, umso mehr ist das Einspeisemanagementsystem gefordert. Seine Maßnahmen (u.a. das Abregeln von Windrädern) verursachten 2018 Zusatzkosten von 1,34 Mrd. Euro.

Eine weitere Ursache der genannten „technischen Schwierigkeiten“ liegt in der Kostenstruktur begründet: Während pro Jahr rund 70 Milliarden Euro für Erdöl-,

Erdgas- und Steinkohleimporte anfallen, die sich in den Preisen der konventionellen Energien niederschlagen, liegen die Grenzkosten der Erneuerbaren faktisch bei null. Weil der konventionelle und der erneuerbare Strom gemeinsam an der Leipziger Strombörse gehandelt werden, fällt der Preis für den „Graustrom“ (= Mixstrom) in dem Maß, wie der Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion steigt. Wenn ab 2021 jahrgangsweise die zwanzigjährigen Windräder aus der EEG-Förderung fallen, wird der niedrige Graustrompreis deren Weiterbetrieb gefährden. Obwohl sie einwandfrei funktionieren, ist die Finanzierung von War-

tungsarbeiten, Versicherungskosten und Pachtzinsen gefährdet, wenn ein zu hoher Anteil der EE den Börsenstrompreis gegen Null oder sogar ins Negative drückt. Es droht ein Anlagen-Rückbau.

Weitere Konflikte zu benennen würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Wir sehen die Problemlösung in einem Ausbau der Speicherkapazitäten für erneuerbaren Strom und in einer radikalen Abkehr vom konventionellen Energiesystem. **Das muss gegen die vier Stromkonzerne, die vier Übertragungsnetzbetreiber und leider auch gegen die Bundesnetzagentur und die GroKo politisch durchgesetzt werden.**

Die Vor-Ort-Versorgung wird zur zentralen energiewirtschaftlichen Säule

Im konventionellen Energiesystem findet eine Beteiligung der Stromkund*innen an den Gemeinkosten, z.B. an den anteiligen Kosten des Netzbetriebs, nur statt, wenn Strom aus dem Netz konsumiert wird. Indem Solarproduzent*innen ihren selbst erzeugten Strom selbst verbrauchen, umgehen sie die Netzgebühren. Doch das entspricht der Logik der Erneuerbaren Energien: Der Eigenverbrauch wird zur zentralen energiewirtschaftlichen Säule der lokalen Stromversorgung.

Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden. Die Anreize sind so zu setzen, dass vor Ort eine Nachfrage für den raschen Zubau von Windrädern und Solaranlagen entsteht. Hauseigentümer*innen, Mieter*innen in Wohnquartieren und kommunale Verantwortliche

müssen einen Mehrwert darin sehen, lokalen Wind- oder Solarstrom zu beziehen. Es sind lokale Ressourcen mit entsprechenden lokalen Wertschöpfungspotenzialen. Für die in der Coronakrise extrem gebeutelten Kommunalfinanzen ist das Ausschöpfen dieser Potenziale alternativlos.

Über 50 Prozent der Erzeugungsanlagen von Erneuerbarem Strom sind in der Hand von Privatpersonen, Landwirten und Gewerbebetrieben. Ihre Teilhabe ermöglicht einen raschen Ausbau der Erneuerbaren. Die Grafik auf Seite 10 zeigt die Bedeutung dieses Sektors: Um 650 TWh/a - mehr als ein Drittel der erneuerbaren Energieproduktion – werden die außerörtlichen Leitungsnetze entlastet.

Unser Vorschlag: Solarer Quartierstrom durch Peer-to-Peer-Handel

Auf jedes Hausdach, an jede Balkonbrüstung gehört eine Solaranlage! Innerhalb des konventionellen Energiesystems wird der Strom ins Netz des Grundversorgers eingespeist. Dafür bekommt der Anlagenbetreiber einen Geldbetrag, der unter dem Verkaufspreis des Grundversorgers liegt. Das macht die Eigennutzung rentabel. Der Gesetzgeber orientierte sich an der Logik des konventionellen Energiesystems.

Er hielt den Eigenverbrauch prinzipiell für unerwünscht und verfügte 2014, dass für selbst verbrauchten Strom eine „Sonnensteuer“ als EEG-Zulage anfallt. **Die EU-Richtlinie RED II gibt der Bundesregierung bis Juni 2021 Zeit, diese diskriminierende Praxis zu beenden.** Der Verkauf des erneuerbaren Stroms an Wohnungsmieter wurde vor der Bundestagswahl 2017 durch ein Mieterstromgesetz ermöglicht. Eingebaute Schikanen machten es wirkungslos.

Wir fordern: Wer erneuerbaren Strom innerhalb des eigenen Wohnquartiers günstig verkauft, soll statt Schikanen einen behördlichen Bonus bekommen! In unserer ersten Broschüre schrieben wir im November 2018 auf Seite 18:

„Was ist hier alles möglich! Dieses Foto lässt die außerordentlichen Möglichkeiten einer Verbreitung von Mieterstrom auf die ganze Stadt erahnen. Dies gilt besonders mit Blick auf die Kopplung von Energie-, Wärme- und Mobilitätswende. Peer-to-Peer-Handel bezeichnet ein erst vor zwei Jahren im Rahmen von Blockchain-Technologien entwickeltes Konzept, das miteinander verbundenen Marktakteuren einen direkten Zugang zueinander verschafft, sodass für Stromlieferungen keine Zwischeninstanzen (Energieversorger, Börse) mehr erforderlich sind. Vielmehr stellt ein Peer-to-Peer (P2P)-Computernetzwerk die automatische Verbindung zwischen den Endkunden her: Aktuelle Stromüberschüsse würden binnen Tausendstelsekunden dorthin geleitet, wo sie benötigt werden. ‚Dieses P2P-Netzwerk würde das Internet als Kommunikationsstruktur nutzen, während intelligente Mess- und Steuerungssysteme als Schnittstelle zwischen den physikalischen Stromflüssen und der digitalen Abwicklung der Transaktionen stünden‘. Voraussetzung ist, dass alle Netzwerk-Teilnehmer sowohl digital über das Internet, als auch physikalisch miteinander verbunden sind“



Walenstadt (Kanton Sankt Gallen) schrieb Energiegeschichte Quartierstrom-Pilotprojekt war erfolgreich

Im Januar 2020 endete das europaweit einmalige Pilotprojekt „Quartierstrom“. In Walenstadt – am Ostufer des Walensees im Kanton Sankt Gallen gelegen – wurde ein Jahr lang erprobt, wie die dezentrale Stromversorgung der Zukunft funktionieren könne. Anders als beim Grundversorger gab es keinen fixen Strompreis. Insgesamt 37 Haushalte, darunter ein Senioren- und Pflegeheim, beteiligten sich am lokalen Strommarkt. 28 von ihnen besitzen eine PV-Anlage. Zusammen verfügen die Anlagen über eine Leistung von 290 Kilowattpeak und liefern jährlich ca. 300 Megawattstunden (300.000 kWh/a) Strom. Der Bedarf der Community lag bei 250 MWh/a.

Die Versuchsteilnehmer*innen handelten den Strom untereinander auf einer Online-Aktionsplattform aus, welche die ETH Zürich entwickelte. Das Schweizer Bundesamt für Energie bezeichnete es als Leuchtturmprojekt. An ihm waren die ETH Zürich, die Universität Sankt Gallen, die SBB (Schweizerische Bundesbahnen) und das Wasser- und Elektrizitätswerk Walenstadt (WEW) beteiligt.

Die Reihenfolge des Stromverbrauchs war fest umrissen: Zuerst konsumierten die Produzent*innen ihren eigenen Strom. Im Durchschnitt lag diese Quote bei 33 % der Tagesproduktion. Nur die Überschüsse gelangten in den lokalen Handel. Über einen einzigen Anschluss wurde die Verbindung zum öffentlichen Stromnetz hergestellt. Das WEW nahm jene Reststrommenge ab, die im internen Handel nicht mehr unterzubringen war, und es lieferte bei Bedarf – vor

allem während Dunkelflauten – den benötigten Strom.

Das Ganze funktionierte so: Alle Haushalte bekamen Mini-Computer mit integriertem Stromzähler eingebaut und waren zuvor mit einem Blockchain-Knoten ausgerüstet worden. Diese Knoten kommunizieren miteinander und wissen zu jedem Zeitpunkt, von wem wie viel Energie produziert und nachgefragt wird.

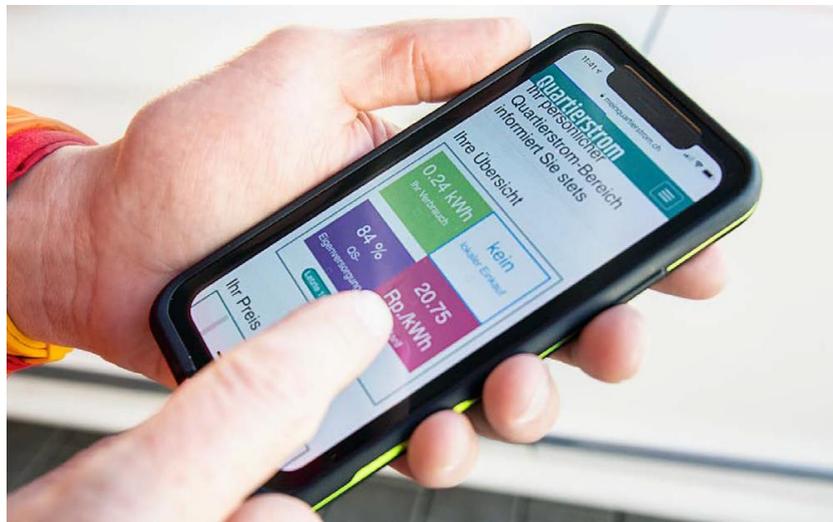
Alle Teilnehmer*innen – Konsumierende und Produzent*innen – legten auf dem Onlineportal fest, zu welchen Konditionen sie den verfügbaren Solarstrom kaufen oder verkaufen mochten. Alle konnten ihre Preisvorstellungen jederzeit anpassen. Dann trat die Blockchain in Aktion. Sie wurde gemeinsam von der ETH und der Uni Sankt Gallen entwickelt: Der Anbieter mit dem tiefsten Preis und der Konsument mit dem höchsten Gebot wurden handelseinig, sofern sich die Preisvorstellungen trafen. Blieb noch ein Stromkontingent übrig, kamen die jeweils zweitgünstigsten Angebote an die Reihe und so weiter. Der Konsensprozess erfolgte im viertelstündigen Rhythmus. Seit Juni 2019 ist auch ein zentraler Speicher im Einsatz.

Aktuell kostet der Strom des ehemaligen Gebietsmonopolisten WEW (Wasser- und Elektrizitätswerk Walensee) 20,75 Rappen pro Kilowattstunde (19,5 Cent). Die Gestehungskosten für PV-Strom von kleinen Dachanlagen betragen in der sonnenreichen Schweiz 8-11 Rappen pro kWh, für abgeschriebene Anlagen

fallen nur noch minimale Wartungs- und Versicherungskosten an. Entsprechend groß sind die Spielräume der Stromhändler*innen und der Preisvorteil für alle Akteure.

Rechtlich bewegte sich das Projekt in einer Grauzone: Das Schweizer Energiegesetz schreibt vor, dass die vollen Netzentgelte fällig werden, sobald Strom in ein öffentliches Netz gespeist wird. Über ein verwinkeltes Abrechnungssystem wurde dem Gesetz am Ende des Projekts dennoch Genüge getan.

Das WEW hätte das Projekt als Konkurrenzunternehmen bekämpfen können. Doch man denkt über den Tellerrand hinaus. Seit längerem schon findet auch in der Schweiz eine Liberalisierung des Strommarkts statt. Die Gewinnmargen des konventionellen Stromhandels gingen in den Keller. Das Kerngeschäft des WEW verlagerte sich in den Bereich der Energiedienstleistungen, als Berater und Installateur von Solaranlagen. Daher beteiligte es sich gern an dem Pilotprojekt.



Das Pilotprojekt ging im Januar erfolgreich zu Ende und in ein Nachfolgeprojekt über. Das Nutzerportal wurde schlanker, Die Preise legt jetzt das System automatisch fest. Sie steigen oder fallen je nach Angebot und Nachfrage innerhalb des lokalen Gesamtsystems.

Welche Vorteile können wir daraus in Plön ziehen? Aufbauend auf den ermutigenden Walenstädter Erfahrungen könnte das gesamte Plöner Stadtgebiet in überschaubare Wohnquartiere aufgeteilt werden. Alle sind durch eine analog zu Walenstadt funktionierende Blockchain vernetzt. Wenn die verfügbaren Kapazitäten des quartier-internen Stromhandels erschöpft sind, könnte das benachbarte Quartier zum Zuge kommen. Es wäre wünschenswert, würden sich die Stadtwerke Plön ähnlich verhalten wie das WEW. Ein einziger Zähler könnte das privat betriebene lokale Stromnetz mit dem öffentlichen Stromnetz verbinden. Wenn viele Städte und Gemeinden diesem Beispiel folgen, wäre die notwendige Komplexitätsreduktion des konventionellen Energiesystems viel leichter zu realisieren.

Who we are



Mitglieder des Vereins „Sozialökologisches Bündnis Plön“

Acht Aktivisten gründeten im September 2017 den parteiunabhängigen gemeinnützigen Verein „Sozialökologisches Bündnis Plön“: Drei von uns schöpfen aus eigenen kommunalpolitischen Erfahrungen als Kreistagsabgeordnete von Plön, Ostholstein und als Ratsherr in Kiel. Ein promovierter Biochemiker bearbeitet das Thema „nachhaltige Landwirtschaft“. Ein weiteres Gründungsmitglied forscht als Professor für experimentelle Neuroinformatik an der ETH Zürich u.a. in Richtung Künstliche Intelligenz im Gleichklang mit sozialer Kompetenz. Hansjürgen Schulze, der Autor dieser Broschüre, ist außerdem im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform in Berlin aktiv.

Wir legen hiermit die Erstausgabe unserer Quartalszeitschrift vor, mit der wir die Entwicklung Plöns zur „Solarcity“ bis 2035 kritisch-konstruktiv begleiten werden.

Inhaltsverzeichnis

1.: Gemeinsames Vorwort von Olaf Brandt, BUND und Ulrich Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband	S. 2
2.: Plöns Neustart – ein erhoffter rot-grüner Deal	S. 4
3.: Der rot-grüne New Deal ist finanzierbar – trotz Corona	S. 8
4.: Solarer Quartierstrom – ein Lottogewinn für Plön !	S. 10
5.: Quartierstrom-Pilotprojekt in der Schweiz war erfolgreich	S. 14

V. i. S. d. P.: Hansjürgen Schulze, Ölmühlenallee 1, 24306 Plön

Sozialökologisches Bündnis Plön e.V.

Vorstand

Hansjürgen Schulze, Plön * Dr. Helmut Grewe, Felde * Heinz-Joachim Müller, Preetz

<https://sozialoekologisches-buendnis-ploen.de> 04522-508093 hajueschulze43@gmail.com